Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (MB/WL/JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Zypern-Kredite
2. Merkel verurteilt Lohnpolitik in Euro-Krisenländern
3. FAZ, nimm das: Was die reichen Deutschen mit ihrem Ersparten tun sollten?
4. Ökonom Flassbeck: „Wir sparen uns zu Tode!“
5. Symbolpolitik gegen Steuerflucht
6. „Thatcher ist Schuld an der Krise“
7. Ranking von „Forbes“: Die größten Unternehmen der Welt sind chinesisch
8. Ärztekammer gegen SPD„Angriff auf ethische Prinzipien“
9. Christian von Stetten: Wenn Politiker vor kritischen Fragen davonlaufen
10. Münchner Chaostage
11. Völlig unbefangen
12. Foltervorwürfe gegen die CIA
13. Albrecht von Lucke – Im Geiste Carl Schmitts
14. Ein Paket voller Umgangsregeln
15. Callcenter Kosovo: Bei Anruf Schmidt
16. Morgen ist ein neuer Tag
17. OECD: Synergies for Better Learning: An International Perspective on Evaluation and Assessment

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Zypern-Kredite**
   a. **Bundestag sagt Ja zu Milliardenhilfen für Zypern**
   Der Bundestag hat den Weg für das Zypern-Rettungspaket freigemacht. In namentlicher Abstimmung sprachen sich 487 von 602 anwesenden Abgeordneten dafür aus, dass Kredithilfen von bis zu zehn Milliarden Euro fließen sollen, um das Land vor dem drohenden Staatsbankrott zu retten. 102 Parlamentarier lehnten das Hilfsprogramm ab, 13 enthielten sich. Die große Mehrheit der Fraktionen von Union, FDP, SPD und Grünen

unterstützte erwartungsgemäß das Hilfsprogramm. Neben der Fraktion der Linkspartei lehnten allerdings auch einzelne Abgeordnete aus dem Regierungslager die Pläne ab.
Quelle: Tagesschau

Anmerkung WL: *Die 602 abstimmenden Abgeordneten müssen die letzten Tage nur noch Tag und Nacht gelesen haben, um den Abstimmungsgegenstand zu erfassen. Hier ist der Antrag der Bundesregierung [PDF – 21 MB]. Vielleicht fragen Sie mal ihren Abgeordneten nach den Dingen, die Sie nicht verstanden haben.*
Lesen Sie dazu nochmals von Jens Berger „Zypern – Nach dem Rettungspaket ist vor dem Rettungspaket“ oder „Zypern – wer rettet Europa vor diesen „Eurorettern“?“ und von Albrecht Müller „Empörung über das „Geschäftsmodell Zypern“ – warum erst jetzt und warum nur bei Zypern?“ oder von Heiner Flassbeck „Zypern – eine hilfreiche Gesamtschau“.
Damit Sie nicht immer nur lesen müssen, dass die Linksfraktion im Gegensatz zur überwiegenden Mehrheit der Bundestagsfraktionen von CDU/CSU, FDP, SPD und Grünen den Zypern-Antrag der Bundesregierung nur abgelehnt hat, lesen Sie vielleicht auch noch den Debattenbeitrag von Gregor Gysi.
Mit dem Zypernbeschluss ist im Übrigen natürlich nicht nur die Abwicklung der Laiki Bank und die Heranziehung aller Konten über 100.000 Euro verbunden, sondern auch Auflagen über sog. „Strukturreformen“, will sagen ein Sozialabbauprogramm:

- *Abschlag für Frühverrentung; schrittweise Erhöhung Mindestalter für abschlagsfreie Renten u. Pensionen auf das reguläre Renteneintrittsalter, automatische Erhöhung des Renteneintrittsalters bei Erhöhung der Lebenserwartung ab 2018;*
- *Begrenzung der mtl. Pensionenauf max. 50% des höchsten Einkommens;*
- *Alle Rentenmaßnahmen sind auch auf Pensionen anzuwenden;*
- *Grundlegende Reform der Lohnindexierung. Keine automatischen Lohnerhöhungen in Rezession. Ansonsten automatische Lohnerhöhungen nur um 50% der Inflation (bis dato: 100%);*

- *Änderungen beim Mindestlohn nur in Abstimmung mit der Troika;*
- *Und natürlich die Privatisierung von Staatsbetrieben. (S.6)*

b. **Die „Ja, aber“-SPD**
Die SPD meckert über das Euro-Krisenmanagement der Bundesregierung – stimmt dann aber auch bei der Zypern-Hilfe mit ihr. Ein echtes Wahlkampfproblem.Um das Problem der SPD bei der Euro-Rettungspolitik zu verstehen, muss man sich nur Frank-Walter Steinmeier ansehen. Das, was er heute im Bundestag zum Zypern-Hilfspaket sagt. Und das, was er vor einigen Wochen zum gleichen Thema sagte.
„Ja, meine Fraktion wird dem EU-Rettungspaket zustimmen“, erklärt der Fraktionsvorsitzende gleich zu Beginn. Er bleibt dann noch eine Viertelstunde am Rednerpult stehen und versucht zu erklären, warum die SPD eigentlich falsch findet, was die Regierung macht, aber doch fast geschlossen mit ihr stimmt.
Vor vier Wochen klang das noch ganz anders. „Die Kleinen hängt man, die Großen lässt man laufen – das darf nicht die Lösung sein“, erregte sich Steinmeier noch Ende März.
Quelle: ZEIT

c. **Gregor Gysi, DIE LINKE: Wann haften endlich Banken für Banken?**
Laut Bundesbank hat Deutschland bisher für Rettungspakete für europäische Banken rund 65 Milliarden Euro und seit 2008 für die Rettung deutscher Banken 285 Milliarden Euro aufgebracht. 350 Milliarden Euro. Wird dieses Geld je zurückfließen? Sie sorgen im Süden Europas dafür, dass diese Länder niemals in der Lage sein werden, das Geld zurückzuzahlen. Und von den Banken trauen sie es sich ja gar nicht ernsthaft zu fordern.
Quelle: Fraktion „Die Linke“ über YouTube

2. **Merkel verurteilt Lohnpolitik in Euro-Krisenländern**
Die Lohnpolitik ist für die Kanzlerin mit ein Grund für die Misere in Europas Süden. Die SPD-Politik hierzu hält sie für eine Gefahr für den hiesigen Wirtschaftsstandort.
Quelle: ZEIT

Anmerkung unseres Lesers S.P.: *An diesem Artikel ist weniger interessant, dass für die Bundeskanzlerin „sozial ist, was Arbeit schafft“, weshalb Lohnzurückhaltung und steigende Kapitalrenditen („Wettbewerbsfähigkeit“)*

elementare Bestandteile von Merkels „sozialen Marktwirtschaft“ sind. Aus der Sicht einer Kanzlerin, die sich vornehmlich den Interessen der von ihr mit Deutschland identifizierten Besitzeliten verpflichtet fühlt („Deutschland geht es gut“), ist eine derartige Politik tatsächlich sozial – für die Kapitalinhaber! Interessant – oder bessser unsäglich – ist (wieder mal) die Reaktion der SPD-Führung auf die Aussagen der Bundeskanzlerin. Von einer SPD, die ernsthaft die Interessen der Arbeitnehmer vertritt, würde man erwarten, dass sie erklärt, warum die Politik der Kanzlerin, die Arbeitnehmer den Kapitalinteressen weitgehend auszuliefern, mit einer sozialen Marktwirtschaft nichts zu tun hat und wie ein gesetzlicher Mindestlohn hier als Schranke wirken kann. Sie würde weiter auf die zahlreichen Studien verweisen, wonach ein gesetzlicher Mindestlohn die Arbeitslosigkeit nicht in die Höhe treibt. Sie würde die Kanzlerin schließlich der Lüge hinsichtlich der Ursache für die Wirtschaftskrise in den Krisenländern überführen und schildern, inwieweit die Kanzlerin selbst nach Kräften zu dieser Krise beigetragen hat. Stattdessen glaubt die SPD-Spitze offenkundig ernsthaft, die wirtschaftlich relativ stabile Situation in Deutschland sei ihrer „Agenda 2010“ geschuldet (und nicht etwa u.a. der „keynesianischen“ Reaktion Deutschlands in der Krise) und ist beleidigt, dass die Kanzlerin dies nicht würdigt, sondern die „Erfolge“ für sich vereinnahmt. Bei so viel Naivität stockt einem glatt der Atem. Hilfe, wen soll man als Arbeitnehmer nur wählen! Mit so einer Opposition kann die Kanzlerin solange regieren, wie sie will!

dazu: **BILD-Interview mit Bundeskanzlerin Angela Merkel: Ich will bis ins Jahr 2017 regieren!**
Quelle: BILD

Anmerkung unseres Lesers H.H.: *Die Aussagen der Kanzlerin klingen weniger wie ein Versprechen, sondern mehr wie eine Bedrohung. Die Karte „Export“ wird auch künftig, so Merkels Kalkül, die wichtigsten Stiche machen. Einen Einheits-Mindestlohn wird es unter dieser Kanzlerin sowieso nicht geben. Als puren Zynismus müssen unsere südeuropäischen Nachbarn das Argument verstehen, die Arbeitlosenquoten wären nur deshalb so hoch, weil Lohn und Leistung zu weit auseinander klafften. Ein Interview, das alles aber bestimmt keine Hoffnung macht. Aber das wussten wir ja schon vorher!*

Anmerkung JK: *Wieder ein erschütternder Einblick in das ökonomische Denken von Merkel. Jemand mit einem derart vulgärökonomischen Verständnis hat das Schicksal der EU und von Millionen Menschen in der Hand. Leider ist*

die Kritik der SPD nicht wesentlich fundierter.

3. **FAZ, nimm das: Was die reichen Deutschen mit ihrem Ersparten tun sollten?**
   Vielleicht merkt es die FAZ auch einmal. Natürlich sind wir Deutschen gar nicht so arm, wie Wirtschaftsherausgeber Holger Steltzner uns weismachen will. Die Reichen in Deutschland sind einfach sehr viel reicher als die Reichen in Italien, Spanien oder Griechenland. Die aufgeheizte Debatte über die EZB-Vermögensumfrage lenkt nur davon ab, dass die Vermögenden Deutschlands (und vor allem die Banken, auf die sie vertraut haben) in den Jahren vor der Finanzkrise ihr Erspartes falsch angelegt haben. Nun ist das Gejammer groß, alle versuchen zu retten, was noch zu retten ist. Das Dumme ist nur, früher haben es die Vermögenden nicht gemerkt, wie die Banken ihr Erspartes falsch anlegen. Und jetzt merken sie wieder nichts: Die Verluste dieser kolossalen Fehlinvestition an den Rändern Eurolands kann man natürlich so weit wie es geht auf die ärmeren Volkswirtschaften abwälzen. (Wenn wir alle, auch die Armen, schon Eure Verluste aus Amerika tragen müssen.) Nur braucht man sich dann aber nicht wundern, dass die Armen in den ärmeren Euro-Ländern rebellieren und gleich alle Deutschen zum Teufel jagen wollen.
   Quelle: Weitwinkelsubjektiv
4. **Ökonom Flassbeck: „Wir sparen uns zu Tode!“**
   Bundeskanzlerin Angela Merkel ist strikt gegen einen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn. Sie glaubt, dass dadurch Arbeitsplätze gefährdet würden. Dem widersprechen mehrere Wirtschaftswissenschaftler, auch Heiner Flassbeck: „Frau Merkel wird einseitig beraten“, sagt er im Interview mit heute.de.
   Quelle: Heute
5. **Symbolpolitik gegen Steuerflucht**
   Die EU will das Bankgeheimnis abschaffen und Offshore-Finanzzentren austrocknen. Doch bisher hat sich nicht viel bewegt. Vor allem Deutschland und Großbritannien stehen auf der Bremse
   Die Erfolgs-Meldungen von der Steuerfront reißen nicht ab. „Steuerfahnder ermitteln gegen Schweizer Banken“, titelte die „Süddeutsche Zeitung“, nachdem Rheinland-Pfalz am Dienstag eine Steuer-CD angekauft hatte. Kurz zuvor hatten die EU-Finanzminister angekündigt, den Kampf gegen die Steuerflucht zu verschärfen und den – bisher noch beschränkten – Informationsaustausch mit den Banken massiv auszuweiten. Im Mai soll sich sogar ein Sonder-EU-Gipfel mit dem Thema beschäftigen.

Quelle: Telepolis

6. **„Thatcher ist Schuld an der Krise“**
   In Großbritannien hat die verstorbene Margaret Thatcher noch immer viele Feinde. Der Politikwissenschaftler Colin Crouch macht die ehemalige Premierministerin sogar für die Krise verantwortlich, weil sie dem Neoliberalismus Tür und Tor geöffnet habe.
   Quelle: Kölner Stadtanzeiger
7. **Ranking von „Forbes“: Die größten Unternehmen der Welt sind chinesisch**
   „Größtes und mächtigstes Unternehmen der Welt“ – nur ein Jahr durfte sich der US-Erdölkonzern Exxon Mobil mit diesem inoffiziellen Titel schmücken. Nun wurde er im Global 2000, dem Ranking des Forbes-Magazins, von der Industrial and Commercial Bank of China (ICBC) abgelöst. Die China Construction Bank rückt von Platz elf auf Platz zwei. Beide Banken gehören dem chinesischen Staat. Damit übernehmen erstmals zwei chinesische Unternehmen die Spitzenplätze. Die Bewertung des Magazins berechnet sich aus fünf Faktoren: „Umsatz“, „Gewinn“, „Vermögen“ und „Marktwert“. Dominiert wird die Liste vor allem von Banken und anderen Finanzdienstleistern (469 Unternehmen). Darauf folgen Öl-und Gasunternehmen, Baustoffe und Versicherungen.
   Quelle 1: SZ
   Quelle 2: Forbes

   Anmerkung Orlando Pascheit: *Dass die bevölkerungsreichste und zweitstärkste Wirtschaftsnation irgendwann einmal mit seinen Unternehmen in die Spitze des Forbes-Liste vorstoßen würde, war zu erwarten. Witzig ist, dass es keine Unternehmen sind, die allein auf sich gestellt im „freien Wettbewerb“ diese Position errungen haben, sondern eben den Staat dieser Wirtschaftsmacht hinter sich hatten. Weniger witzig ist, dass diese Liste von Banken und anderen Finanzdienstleistern dominiert wird. Dabei ist doch, um es einmal verknappt zu formulieren, die „Wertschöpfung“ des Finanzsektors im Wesentlichen nichts anderes als eine von der Wertschöpfung der Realwirtschaft abgeleitete Größe.*

8. **Ärztekammer gegen SPD„Angriff auf ethische Prinzipien“**
   Der Ärztepräsident Montgomery ist selbst SPD-Mitglied – positioniert sich aber gegen deren Gesundheitspolitik. Das Wahlprogramm der Sozialdemokraten sei ein „Angriff auf die ethischen Prinzipien der deutschen Ärzteschaft“.
   Quelle: Frankfurter Allgemeine

Anmerkung MB: *Ach, ja. Natürlich ist die Bundesärztekammer für das Duale System in der Krankenversicherung, denn Ärzte verdienen damit viel Geld. Montgomery ist in erster Linie Lobbyist. Und dass er als Lobbyist SPD-Mitglied ist, muss ja kein Widerspruch oder Gegensatz sein – s. die (ehemaligen) SPD-Mitglieder Wolfgang Clement, Klaus von Dohnanyi, Gerhard Schröder, Rudolf Scharping, usw..*

Anmerkung einer Leserin: *Es wurde ja auch wieder Zeit, mit dieser Propaganda aufzuwarten. Das Märchen, die Privatversicherten würden die Innovationen für Kassenpatienten finanzieren, wird seit mindestens 30 Jahren heruntergeleiert. So ist es aber nicht: Krankenhäuser beispielsweise werden – je nach Bundesland – in Bezug auf Neu- und Umbauten von den Ländern finanziert, der laufende Betrieb aus den mit der GKV verhandeltem Budget. Die Einnahmen aus der Behandlung privat Versicherter sind dagegen ein Sahnehäubchen auf dem großen Tortenstück "Budget". Diese Einnahmen werden generiert auf dem Rücken der Kassenpatienten und der Angestellten, in dem Ressourcen zu einem nicht geringen Teil für die Behandlung der "Privaten" abgezweigt werden. Den Nutzen haben vor allem die Chefärzte, die privat liquidieren dürfen und eventuell die Privatversicherten, denen man auch vieles nicht medizinisch Notwendige angedeihen lässt. Die "Privaten" werden also aus Steuermitteln und indirekt aus den Beiträgen der GKV verhätschelt. Der Angriff auf die ethischen Prinzipien ist gegeben, allerdings nicht wie dargestellt, sondern genau umgekehrt: Auch auf dem Gebiet der Krankenversicherung wird immer massiver von unten nach oben verteilt.*

9. **Christian von Stetten: Wenn Politiker vor kritischen Fragen davonlaufen**
   Bei Fragen zu seinem Ex-Praktikanten Bushido und einer zwielichtigen Geschäftsbeziehung reagiert der Bundestagsabgeordnete Christian von Stetten auf seine eigene Art: Er läuft einfach davon. Auch in anderen Fällen gehen Politiker auf Tauchstation anstatt für Aufklärung zu sorgen.
   Quelle: Abgeordnetenwatch
10. **Münchner Chaostage**
    Die Verschiebung des NSU-Prozesses in München hat nur vordergründig etwas mit dem Streit um die Vergabe von Presseplätzen zu tun. Tatsächlich geht es um den explosiven politischen Hintergrund der Terrormorde, der in den letzten Wochen immer offensichtlicher wurde.
    Quelle: Kontext Wochenzeitung

11. **Völlig unbefangen**
    Am Amtsgericht Stuttgart tut eine Richterin Dienst, die einen Prozessmarathon vor sich hat – gegen 48 Beschuldigte, denen „besonders schwerer Landfriedensbruch“ vorgeworfen wird. Die Richterin hat in einer Selbstanzeige erklärt, sie sei in dem Fall nicht befangen, obwohl es gute Gründe gibt, genau das anzunehmen.
    Quelle: Kontext Wochenzeitung
12. **Foltervorwürfe gegen die CIA**
    Als Obama US-Präsident wurde, wollte er die Praktiken der CIA unter seinem Vorgänger nicht prüfen lassen. Ein Thinktank hat nachgeforscht und wirft George W. Bush in einer 577-Seiten-Studie vor, Folter gebilligt zu haben. Auch Obama wird von den Experten kritisiert.
    Quelle: Süddeutsche
13. **Albrecht von Lucke – Im Geiste Carl Schmitts**
    Das Interesse an einer funktionierenden Weltwirtschaft dominiert die neue Weltordnung. Und wo bleiben die Menschenrechte? […]
    Vor einem Dreivierteljahrhundert entwickelte der konservative, mit dem Faschismus sympathisierende Staatsrechtler Carl Schmitt seine „Völkerrechtliche Großraumordnung mit Interventionsverbot für raumfremde Mächte“, die der heutigen Welt erschreckend ähnelt. Aus einem Universum wird bei Schmitt das Pluriversum, anstelle der einen Weltordnungsinstanz des Völkerbundes beziehungsweise der UNO gibt es dort mehrere Großmächte, die im eigenen Herrschaftsbereich nach Gutdünken schalten und walten. […]
    Die Menschenrechte als säkularisiertes Heilsversprechen stehen heute, auch dank des moralischen Versagens des Westens, unter massivem Ideologieverdacht. Dabei hatten gerade sie in den späten Jahren des Kalten Krieges den Dissidenten und Bürgerrechtlern des Ostblocks als Berufungsgrundlage für die am Ende erfolgreiche Demokratisierung gedient. Und vor exakt 20 Jahren wurde auf der Wiener „Weltkonferenz über Menschenrechte“ deren globale Geltung noch einmal von 171 Staaten beglaubigt.
    Quelle: TAZ
14. **Ein Paket voller Umgangsregeln**
    Zeit für Wahlprogramme. Überall schießen sie nun aus dem Boden. Alle verabschieden welche. Wer sich eines zulegt, gibt lediglich die politolinguistische Richtung für die nächsten Monate vor. Der Inhalt des Wahlprogrammes besteht nicht aus Konzepten, die gesellschaftlich organisiert werden sollen, sondern es handelt sich um reine Sprachkonzepte.

Die Sozialdemokratie zum Beispiel, die hat sich ein Wahlprogramm zugelegt, in dem der Begriff soziale Gerechtigkeit Platz findet. Verabschiedet wurde es auf Initiative jener parteilichen Avantgarde, die die soziale Gerechtigkeit vor einigen Jahren noch als Sozialromantik abtat. Es geht dabei aber auch nicht um handfeste Vorhaben, sondern um die Vereinbarung darüber, in den nächsten Monaten verstärkt und nachdrücklich der sozialen Gerechtigkeit das Wort zu reden. Es ist eine Sprachregelung, über die die Partei abgestimmt, die sie sich selbst auferlegt hat.
Quelle: ad sinistram

15. **Callcenter Kosovo: Bei Anruf Schmidt**
Am Telefon meldete er sich als Thomas König, Niklas Schmidt oder Luigi Giacometti. Denn niemand sollte ahnen, woher er anruft. Fünf Jahre lang hat Beka als Telefonagent für Callcenter im Kosovo gearbeitet; für Firmen, die systematisch Verbraucher in Deutschland und der Schweiz betrogen haben sollen. Deshalb möchte er seinen echten Namen nicht in der Zeitung lesen – auch wenn er nicht daran glaubt, dass ihn das deutsche Gesetz im Kosovo erreichen kann. Das denken anscheinend auch die Betreiber der illegalen Callcenter. Allein in der Umgebung von Prishtina soll es an die hundert solcher dubiosen Telefonzentralen geben. Von dort aus locken sie Anleger in ruinöse Aktiendeals, verkaufen Zeitschriften-Abos mit falschen Preisversprechen oder vermitteln zweifelhafte Coaching-Seminare – bevorzugt an Deutsche, Schweizer oder Österreicher. Einige Callcenter-Bosse sollen mit derartigen Betrügereien reich geworden sein. Ein früherer Chef von Beka steht derzeit in Frankfurt vor Gericht. Ihm wird gewerbs- und bandenmäßiger Betrug vorgeworfen. Zuvor hatte die Staatsanwaltschaft bei ihm rund 1,6 Millionen Euro Vermögenswerte sichergestellt. Die Mitarbeiter der Callcenter profitierten in weit geringerem Maße: Zwischen 400 und 500 Euro Lohn habe er im Monat verdient, berichtet Beka. Für Kosovo immer noch ein gutes Gehalt – und zugleich wenig genug, um Kosovo als Outsourcing-Standort attraktiv zu machen. Inzwischen lassen auch deutsche Marktforschungsunternehmen ihre Umfragen in Prishtina durchführen. Andere Firmen lagern die Kundenbetreuung aus oder gleich das gesamte Sekretariat. Das ist vollkommen legal.
Quelle: taz

16. **Morgen ist ein neuer Tag**
Das Innenministerium spricht nach Boston davon, dass eine abstrakte Anschlagsgefahr weiterhin bestehe, konkrete Hinweise auf Anschläge aber nicht existierten. Was soll eine solche inhaltslose Wasserstandsmeldung? Sie

hat den informativen Gehalt von Sätzen wie: Morgen ist ein neuer Tag. Abstrakte Gefahren lauern überall. Theoretisch ist die Gefahr stetiger Begleiter. Wenn ein Ministerium so tut, als sei die Gefahr für die Allgemeinheit etwas, was nicht üblich sei, dann hat es das Wesen der Menschheit nicht begriffen. Verräterisch ist dabei das Wörtchen „weiterhin“. Es suggeriert hier, als habe es menschliche Gesellschaft auch mal ohne etwaiges abstraktes Gefahrenpotenzial gegeben. Mit „intellektuellen Niedergang“ alleine kann man dergleichen Statements nicht erklären.
Quelle: Neues Deutschland

17. **OECD: Synergies for Better Learning: An International Perspective on Evaluation and Assessment**
In Dänemark, Island und Neuseeland erhalten Grundschüler keine Noten. In Ungarn, Italien, Mexiko oder den Niederlanden dagegen erfolgt die Beurteilung der Schüler vor allem durch Zensuren. Auch Lehrerleistungen, Schulen und Bildungssysteme werden von Land zu Land mit unterschiedlichen Methoden bewertet und gemessen. Authentische und verlässliche Evaluationen sind unverzichtbar, um die Lehre und das Lernen zu verbessern.
Wie Bewertungen koordiniert erfolgen können, erörtert der neue OECD-Bericht. Er gibt einen Überblick über die Stärken und Schwächen der Beurteilungssysteme von 28 OECD-Ländern und enthält Empfehlungen für einheitliche Bewertungsrahmen.
Quelle: OECD (dort auch der Bericht zum Download)

Anmerkung unseres Lesers G.L.: *Die OECD hat neues Betätigungsfeld gefunden: Ländern, die (o-Gott-o-Gott) in ihren Grundschulen (noch?) keine Noten kennen und wo die Kinder trotzdem glücklich sind und, wie dieselbe OECD gezeigt hat, gute Testleistungen erbringen.*
Es sind nicht die dümmsten Kinder, die ohne Noten lernen dürfen. Im Gegenteil.
Hoffentlich zielt die OECD-Initiative nicht darauf, überall Noten einzuführen. Die Formulierung „Authentische und verlässliche Evaluationen sind unverzichtbar“ sollte als Warnung verstanden werden, dass genau diese beabsichtigt ist. Warum sollten sie „unverzichtbar“ sein?
Darf es keine Länder mehr geben, in denen Kinder glücklich und erfolgreich, aber ohne Notendruck lernen? Warum? Weil das die Kinder anderer Ländern, die ihr höchsten Glück im Notenterror sehen, auf den Gedanken bringen könnten, auch dort die Noten abzuschaffen und damit einige Leute bei der OECD arbeitslos zu machen? (Vorsicht, bei Teilen dieses Textes handelt es sich

um Satire.)